

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Monatlich vier hand Ausgabe A mit illustriertem Beilage 16.75 M. Ausgabe B 15.25 M.  
Monatlich Volkszeitung. Preis der Einzelnummer 40 M.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden und am Sonntag. — Redaktion und Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Ausgaben: Abnahme von Zeitungsangeboten bis 10 Uhr, von Rundschauangeboten bis 11 Uhr nachm. — Preis für die  
Viertel-Spalte aller Anzeigen 1.60 M. im Rundschau 4.—M. — Für unbestimmt geliebte Anzeigen durch  
Gernsprecher aufgegebene Anzeigen räumen wir die Berechtigung für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

## Oberschlesiens Schicksal vor dem Reichstag

Berlin, 26. Oktober. Die schwarz-roten Fabriken auf den Türen des Reichstages stehen auf Palmbaum! Ein Tag voll Schmerz und Trauer ist es, von bitterer und tiefer Stille und tiefgründiger Traurigkeit, an dem sich die deutsche Volksvertretung versammeln muss, um sich über die Rolle der Untente zu entscheiden, die Rolle, die ein Teil deutsches Landes und deutscher Freiheit, ein Jahr 700-jähriger Kulturarbeit durch Reichsbuch und Reichswirtschaft von uns kostet. Bis in die Nachmittagsstunden herrsche Unwissenheit, ob es gelingen werde, das Kabinett zu bilden. Die Sitzung des Reichstages, die auf mittags 12 Uhr festgesetzt war, wurde zunächst auf 2 Uhr, schließlich auf 4 Uhr verschoben. In den Handlungen des Abends zeigte das Gesetz die Erregung und die Erwartung über das Kommen. Welche Männer wird der Kanzler finden, die gewillt sind, mit ihm den schweren Weg zu gehen? Was werden die Parteien tun, was sagen? Diese Fragen schwirrten durchschaubar! Das Bild des Abends zeigte das des großen Tages. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Die Vertreter des Reichsrates und der deutschen Länder unter Führung Preußens, das vor Außenminister Beder vertrat, waren anwesend. Der Sitzungssaal war nur wenige Bänke auf — besonders stark waren die Einparteien vertreten. Man hörte die Regierung, über deren Zusammenarbeit bis zur Stunde des Reichsaugabe nichts bekannt geworden war. Mit wirkungsvollen eindeutigen und zu Hörer gehenden Worten gebrauchte der Präsident des Danziger, der Wehrheitssozialist Löbe, unserer nun von uns getrennten Brüder in Oberschlesien. Ein Abschiedswort des Trene rief er ihnen zu. Trene, das ist das Gründnis, das ihren Deutschland entgegenzubringen gelobt. Und Befürchtungen bestreiten keine Worte, als er mit erhobener Stimme den Gas hervorhebt, dass das eine gewiss sei: keine Macht des Erde könne durch das Mittel der Gewalt Nutzen in Recht verwandeln. Dann erwiderte der Kanzler das Wort.

### Reichskanzler Dr. Wirth

Auf Grund des Auftrags des Herrn Reichspräsidenten habe ich die Bildung der neuen Regierung übernommen, die ich die Ehre habe, Ihnen vorzustellen. Neben dem Kanzleramt, das mir geworden ist, habe ich die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernommen. Die übrigen Ministerposten sind wie folgt besetzt worden:

Reichsinnenminister und Kanzler: Banez;  
Minister des Innern: Dr. Köster;  
Arbeitsminister: Dr. Braune;  
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, gleichzeitig beauftragt mit der Bewilligung der Geschäfte des Finanzministeriums: Dr. Hermann;  
Wehrminister: Dr. Weßler;  
Verkehrsminister: Greßer;  
Postminister: Giesbert;  
Reichswirtschaftsminister: Schmidt;

Reichsjustizminister: Dr. Radbrück.

Der Posten des Ministers für Wiederaufbau steht noch offen. Da ich der Meinung bin, dass kein Politiker und keine Partei, welche innere Notwendigkeiten zu politischer Tat werden lassen wollten, sich der Verantwortung entziehen konnte, habe ich diesen Anteil übernommen und Mitarbeiter gesucht und gefunden, die mit mir eines Glaubens sind, dass es nicht anormal ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Reihe der Regierungsbildung ohne eine handlungsfähige Regierung aus Polen zu leben. Ich spreche diesen Männern auch hier an diese Stelle meine beiderseitigen Dank für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. (Sturm.)

Es ist uns durch die Verhältnisse auferlegt, innerhalb einer freien Stellung zu der

Entscheidung der Reichsäckerkonferenz über Oberschlesien

zu nehmen und die mit einer solchen Stellungnahme verbundene Entscheidung durchzuführen. Auf diese Entscheidung der Reichsäckerkonferenz hin hat sich die frühere Regierung entschlossen, den Herrn Reichspräsidenten ihrer Deputation anzugeben, und mit diesem Schritt die Auffassung bestätigt, dass sie die Entscheidung in der oberschlesischen Frage in der Form, wie sie erfolgt ist, als ein Unrecht und ein Unglück ansieht. Sie hat zugesagt, dass in den nächsten Tagen sie sich derart entschließen wird, dass durch den Spruch der Reichsäckerkonferenz eine neue politische Lage geschaffen sei. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, dass auch ich in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der alten Regierung abweiche. Auch die neue Regierung ist der Meinung und betont flichtlich vor aller Welt, dass durch den Spruch der Reichsäckerkonferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien keine Gewalt angehört wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir diesen Spruch über Oberschlesien auf Grund des durch den Verfasser des Vertrags gegebenen Rechtes prüfen, so lag es nach dem letzten Absatz des Artikels 88 in Verbindung mit § 5 des Bandes auf diesem Artikel den alliierten Hauptmächten ob, eine Grenze zwischen polnischen Deutschland und Polen zu ziehen, die sowohl dem Abstimmungsgebiet als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Oberschlesischen Regionen tragen sollte. Diese Entscheidung durften nach der Rechtslage nur die Hauptmächte treffen. Sie haben sich dieser Pflicht jedoch dadurch entledigt, dass sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten erfragten, und zugleich darüber überensamen, dieses Gutachten, wie es auch lautet möge, als für sie bindend anzunehmen. Nach unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Rechtsverständnis identisch ist, versteht diese Übertragung der Entscheidung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vertrages. Dieser Vertrag will auch nicht dadurch geheiligt, dass die Entscheidung vom 20. Oktober nach unten hin und formell als Beschluss der Hauptmächte dargestellt wird.

Wenn die Regierung in dieser dringenden Stunde die Zustimmung der deutschen Volksvertretung zu den so bezüglichen Entschlüssen erbitte, welche sie zur Durchführung benötigt, so

verheilt sie sich nicht, dass durch die Rücktrittserklärung der alten Regierung eine neue Lage geschaffen worden ist. Die neue Regierung sieht es als einen schweren Fehler an, dem deutschen Volke wie dem Auslande zu verbreiten, dass durch die vorausgegangene Verstimmung deutschen Territoriums infolge der Entscheidung über Oberschlesien

Deutschlands Leistungsfähigkeit so vermindert wird, dass alle Berechnungen, die man bisher über die Möglichkeit der deutschen Reparationsleistungen aufgestellt hat, in eine starke Zweifel gezogen werden müssen.

Aber auch in der Sache selbst steht die getroffene Entscheidung mit den Vorrichten des Vertrages in schlechter Übereinstimmung. Die Entscheidung muss selbst annehmen, dass die alliierten Hauptmächte nicht instande gewesen sind, eine Grenze zu finden, die sowohl der Abstimmung des Einwohners, als auch den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes gerecht wird. Sie stellt vielmehr ausdrücklich fest, dass die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete trennt, auf die eine lebhafte wirtschaftliche Interessengebiete verzichtet, auf eine lebhafte wirtschaftliche Interessengebiete verzichtet, die durch die Besammlungen des Vertrages vermieden werden sollte. Das ergibt sich aus einer Regel, die nicht nur die Regel Deutschlands sein kann, dass die gezeichnete Linie nicht gezogen werden darf, weil sie das Recht Deutschlands aus dem Vertrag verstößt. Um diese eingegangene Neinschätzung in der Grenzziehung auszugleichen, haben die alliierten Hauptmächte zugleich beschlossen, den betroffenen Staaten ein Übergangsregime anzutun, eine Wahrung und Erfüllung, die ganzlich aufrechte der ihnen vom Vertrag zugesetzten Verpflichtungen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn sie sich anstrengen auf den letzten Absatz des Artikels 88 führen wollen, rechtzeitig dieser ihre Entscheidung in seiner Weise, so verpflichtet Deutschland lediglich, mit Polen ein ergänzendes Vereinbarung zu treffen über Fragen, die der Vertrag nicht regelt. Allerdings ist bestimmt, dass der Inhalt eines solchen Vereinbarung von den alliierten Mächten bestimmt werden kann, es ist vielleicht so, dass diese Vorrichtung bei diesen Staaten das Recht aufsetzt, sich frei und unverbindlich über die einer Regelung bedürftigen Verhandlungen zu einigen. Ich kann also wohl sagen, dass hier durch eine Beugung des Vertrages aus Wohlthat Plage gemacht wird.

Diesen Standpunkt, diese Rechtsauffassung wird die Regierung den alliierten Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen.

Die deutsche Regierung sieht die Entscheidung der Reichsäckerkonferenz als gegen Vertrag und Recht verstörend an. Sie ist der Auffassung, dass in Oberschlesien durch Gewalt ein neuer Zugang geschaffen werden soll. (Sehr richtig!)

Die Aufgabe der neuen Regierung ist es daher, die Regeln zu finden, nach denen eine praktisch mögliche Politik in der nächsten Zukunft sich zu bewegen hat. Die nächste und dringendste Aufgabe, die es zu lösen gilt, ist die Verpflichtung zur Errichtung eines Vertreters zu den Reichsäckerkonferenzen über das Übergangsregime hinzuversetzen. Die Entscheidung der Reichsäckerkonferenz stellt Deutschland vor die Wahl, einen Vertreter zu entenden, und das zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Blüte des politisch zerstörten Landes möglich zu tun, oder aber sie dem Zwang und den Willkürfreiheiten fremder Machthaber ausgesetzt zu sehen. Eine Möglichkeit, die von schwersten Folgen nicht nur für das Land selbst, sondern auch für unser ganzes Vaterland sein muss. Vor diese Entscheidung gestellt. Ob es die Aufgabe der Politik, den Anteil des Oberschlesischen Selbst und denen ganz Deutschlands gerecht zu werden. Unsere erste Pflicht ist es hier, die Hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Machtwort der alliierten Hauptmächte zu Polen gejagt wurden, nicht im Stich zu lassen.

Von dieser Betrachtung der Lage ausgehend, wird die Reichsregierung ihren Befreiungsberecht für die Wirtschaftsverhandlungen erkennen und ihn den alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen.

Die ehemaligen Freien Deutschlands haben die Hoffnung auf die Beendigung der durch den Krieg verursachten Zerstörungen, auf die Wiederaufnahme der durch den Krieg verursachten Zerstörungen, auf den Wiederaufbau der gesamten Welt, vornehmlich auf die deutschen Reparationsleistungen gegründet und im Vertrag dieser Politik Deutschland Polen verheißen, die wenn sie überhaupt zu tragen sind, nur unter Beiziehung aller Kräfte getragen werden können. Durch die obige Entscheidung wird diese Vorstellung aus schwerster Ernüchterung.

Ich will mich darauf befrüchten, Ihnen ganz kurz eine nüchternen Überblick darüber zu geben, was Deutschland an materiellen und immateriellen Gütern durch die Entscheidung verloren hat, denn nach den Berechnungen des katholischen Reichsausschusses soll Oberschlesien durch die Abstimmung 975.000 Einwohner, d. h. 10 Prozent des Abstimmungsgebietes, an Polen verlieren. Demgegenüber bezogen die Befürworter des Abstimmungsgebietes 60 Prozent deut. und 39 Prozent polnische Stimmen. Es werden also noch mehr als 11 Prozent der Bevölkerung abgetrennt, als für Polen bestimmt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hier dient es nicht herzufigt, dass das Ergebnis der Abstimmung ein viel günstigeres für Deutschland gewesen wäre, wenn die Abstimmung in voller Rücksicht und unter einem militärischen Druck hätte stattgefunden. (Lebhafte Zustimmung.) Unter dem Druck politischen Drucks in den abgekenneten Gebieten geben uns große blühende deutsche Städte verloren, alte deutsche Kultur; ich erwähne insbesondere die Stadt Katowitz, die mit 50 Prozent aller Stimmen ihrer Angehörigkeit zum Deutschland befindet hat. (Lebhafte Zustimmung.) 42.000 in Katowitz abgegebene deutschen Stimmen standen nur 300 polnische gegenüber.

Dass es in der Welt jemand gibt, der gegen dieses Abstimmungsgebiet nicht protestieren würde, dass man beweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erwähne ferner die Stadt Königsberg, in der sich 78 Prozent für das Verbleiben bei Deutschland

Freitag, 28. Oktober 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, K. 16, Holbeinstraße 48

ausgesprochen haben. Das Verhältnis betrug 31.864 deutsche Stimmen gegenüber 10.107 polnischen Stimmen. Wenn nun diese und andere deutsche Stützpunkte ohne Rücknahme auf ihre Geschichte, auf ihre Bevölkerung und auf ihren laut befindlichen Willen von Deutschland abgetrennt werden sollen, so muss jeder Mensch daran glauben, dass Recht und Gerechtigkeit, das insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine wesentliche Bedeutung haben kann. (Sehr richtig!) 75,5 Prozent der ober-schlesischen Wohlförderung fallen an Polen fallen. Sollte man die gesamten Wohlförderungen in Oberschlesien so verbleiben Deutschland und von den 60 Milliarden Tonnen Tonnen jährlich gefördert sollte nur 5,5 Milliarden, 10 Prozent des Produktionsfalls an Polen. Am Bleiernen werden in Zukunft nur 3000 Tonnen, soll der bisherigen 22.000, von Deutschland gefördert werden können. Wie verlieren mindestens 80 Prozent der bisherigen Förderung. Damit nicht genug, fällt auch die Mehrzahl der Erwerbstätigen an Polen. Allein am Silber gehen mehr als 15 Milliarden Goldmark dem Wert nach vorher. Von den 37 ober-schlesischen Hochöfen fallen 22 an Polen. Diese neue Aufrechnung der deutschen Reparationsverpflichtungen führen unsere Freunde in einem Augenblick herbei, in dem weite Kreise des deutschen Volkes zu der Erkenntnis des Wiederaufbaus umfassender Reparationsleistungen Deutschlands herangewiesen befinden. Die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft zeigt in allen Völkern katastrophale wirtschaftliche Erkrankungen. Sicher blühen jedoch kurzfristige Befreiungen, Verträge und Lösungen die Welt daran, den Weg zu gehen, der auch braucht, vor allem in England gezeigt werden ist, der Weg zur gemeinschaftlichen Arbeit am Wiederaufbau von Wirtschaft, Kultur und Recht.

Die Politik der bisherigen Regierung ist darauf eingestellt gewesen, durch Reparationsleistungen bis zur Grenze des Menschenmöglichen ihren Verpflichtungen zum Wiederaufbau vor allem zwecklos nachzukommen: Sie will den guten Willen bewahren, zur Besetzung des aus den Kriegsleidenschaften hervorgegangenen Widerstandes der Völker beizutragen und damit die Grenzen aufzuzeichnen, welche der Erfüllung durch die natürlichen Bedingungen der Weltwirtschaft gesogen sind. Von diesem Willen wird auch die neue Regierung nicht abweichen. Sie wird durch den Willen, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen, auch weiterhin dem Wandel jeden Vorwand nehmen, um die von ihm gelebte Vernichtung Deutschlands durchzuführen. (Sehr richtig!)

Ich halte die Stellungnahme der Regierung heute dahin zusammen: Die deutsche Regierung erblüht in dem Versuch der Reichsäckerkonferenz nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, dem es mehrfach geweckt, sondern auch eine Verletzung des Verfassungswidriges widerspricht. Die deutsche Regierung legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als einer Widerwendung feierlich Verwahrung ein, sie wendet das Mittel an, welches das Völkerrecht als Zeuge einer Verschwörung kennt. Um die dem deutschen Volke drohende Verstümmelung zu verhindern, steht sich die deutsche Regierung gewonnen, den in der Rolle vorgesehenen Delegierten zu ernennen, um von ihrer Rechtsauffassung Kenntnis zu geben. Die Regierung erhält zu der daraus verknüpften Vollst. Ihre Zustimmung.

Die Regierung ist allerdings nicht aus dem leichten Erblassen. Wollen einige Parteien verhindern, sondern fest sich aus Männern zusammen, die sich im Drama der Stunde dem Vaterland zur Verfügung gestellt haben. Ich weiß wohl, dass eine große Menge von Freunden der Völker bedurften, die in der heutigen Klarheit von der Freiheit und Unabhängigkeit werden können, so z. B. die Gründermannen, die Republikei, die Rendesabende der Freiheit und die Hilfe für die neuen Freiheiten. Ich bitte, diese Freunde nennei zu unterstützen und richte den dringenden Appell zur Macht an die Parteien dieses Landes. (Applaus.)

Der Müller-Krämer (Soz.) dankt den ober-schlesischen Männern für ihre Haltung um so mehr als gerade die deutschen Gemeinden dort die härtesten Täter des deutschen Verbrechens sind. Wir müssen uns den ober-schlesischen Freiheitlichen helfen. Den Widerstandsgedanken hat der Soz. auch ebenfalls bei uns seinen Dienst erfüllt. Er hätte von einem imperialistischen Reichsdruck gefallen werden müssen. Vielleicht sollte selbst auf einem anderen Standpunkt gestanden, in dem jedoch ich ungern sehe. Der Soz. Oberstabsleiter erschüttert die Eröffnungsreden mit dem Friedensvertrag und sonst eine Reihe fortwährender Streitspunkte. Der wirtschaftliche Gedanke muss über den nationalistischen liegen. Daraus müssen die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen im Sinne der Verständigung geführt werden. Wir danken dem Reichskanzler für seine Offenheitlichkeit. (Applaus.)

Abg. Ulrich (Soz.): Das Freie aus dem Herzen des Ober-schlesien. Bei ihm wirkt die Entscheidung geradezu niederschmetternd. Denn sie überdeckt alle Schwierigkeiten. Wir stellen feierlich fest, dass die Abstimmung nicht den Verpflichtungen von Versailles entspricht. Die Oberstabsleiter hatten erlaubt, dass sie über das Schicksal des gesamten unterstellten Oberstabsleitens abstimmen sollten, sonst würden vielleicht viele, die für Polen stimmen, für Deutschland gestimmt haben. Auch die wirtschaftlichen Interessen des Reiches sind nicht berücksichtigt worden. Reichsdruck hat man nur genommen einseitig auf das von Frankreich protestierende Polen. Er kann das hat die Grenzen gezeigt. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir Ober-schlesier sind von den anderen Mächten schamhaft verschleppt worden. Reichskanzler Wirth hat seine Position und alles eingelegt, um Ober-schlesien zu retten. Vorbildlich war die lädenlose Einheitsfront

der Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Mehrheitssozialisten, ihre Versprechungen bis zum letzten Augenblick vorbildlich für das ganze Reich.

Wenn wir einen Vertreter zu den Verhandlungen schicken, so tun wir es nur in der Erwartung, daß eine Gleichberechtigung bei den Verhandlungen nicht nur formell, sondern auch praktisch durchgeführt wird. Dazu muß ein wirtschaftlich unparteiischer Vorstehender ernannt werden. Denn werden unsere Interessen so wenig berücksichtigt wie in Genf, so haben die Verhandlungen keinen Zweck. Ich freue mich im Sinne des ganzen Oberschlesischen Volkes, wenn ich vor aller Welt feierlich den Protests erhebe gegen diesen Spruch. Durch die Entsendung eines Vertreters zu den Wirtschaftsverhandlungen durch die Regierung wird unser Protest nicht aufgehoben oder abgeschwächt. Der Glaube an die Hilfe anderer Völker ist schwach. Aber wir glauben an die Gerechtigkeit der Weltgerichte. Darum hoffen wir auf eine Wiedervereinigung mit unserem lieben Oberschlesiern (Lebhafte Beifall.)

Abg. Herz (Deutschland) hält es für bedauerlich, daß die Vertreter der deutschen Politik sich nicht zu einer rühmlichen Abwehr aufzuhören könnten. Der Reichstag hat sich der Lage nicht gewachsen gezeigt. Wir haben ein klares Recht auf ein unparteiisches Oberschlesien. Das Cenfer-Diktat ist schlimmer als das Londoner Ultimatum. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen seine Annahme. Wir entscheiden damit auch nicht den Konflikt, der einmal ausgetragen werden muß. (Sehr richtig!) Wir müssen den Gegnern zeigen, daß wir entschlossen sind, die leichten Konsequenzen aus unserer eigenen Sache zu ziehen. Darum müssen wir nicht nur das Diktat ablehnen, sondern auch die Entsendung eines deutschen Delegierten für das Wirtschaftskomitee.

Abg. Möhl (D. Wp.) beteuert, daß das Interesse an der Kabinettbildung die Gefahr für Oberschlesien ganz auslöschen drängt. Wir sollten die Forderung, alles andere vor dem Reichsstrich zurücktreten zu lassen. Wir sind nicht durchdrungen damit. Wir wollen die deutsche Gewalt gegenwähren. Wer uns ergehen lassen und keinen Zweifel darüber lassen, daß wir das Recht nicht als Recht anerkennen können, und das Oberschlesien deutsch ist und von uns als deutsch und darüber hinaus betrachtet werden wird. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch heute noch. Die Baumgärtnermaßnahmen widersprechen schon dem Verfaßter Vertrag und dem Völkerrecht. Das Wirtschaftskomitee ist aber geradezu ein Hobby. Dieses schwierige Wirtschaftskomitee können meine Freude nicht annehmen. Wir haben nicht die Sicherheit, daß die Entsendung eines deutschen Vertreters als Anerkennung des Diktats ausgelegt wird. Die Richtenwendung ist die einzige klare Form der Ablehnung. Darum sind wir gegen die Entsendung. Die Cenfer-Entscheidung muß unter schwachen Vertrauen zum Völkerbund vollenod er-schüttern.

Abg. Breitbach (Mnach. Soz.) betont auch für seine Partei den Verlust Oberschlesiens und der Oberschlesier. Die Entscheidung entspricht aber nicht den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen des Landes und nicht der Zustimmung der Bevölkerung. Wie bedauern die Vereinigung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes.

Vorstand Löde verliest eine Ausgabe des Provinzialausschusses der Provinz Schlesien, die von allen Parteien, von den Deutschen Nationalen bis zu den Mehrheitssozialisten, unterschrieben ist und die Ablehnung des Cenfer-Diktates fordert.

Abg. Schäding (Dem.) verliest folgende Erklärung seiner Fraktion:

Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens der Entsendung eines Kommissars zur Abwicklung der sich aus dem Diktat ergebenden Frage zu unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergibt. Sie muß erwarten, daß sich die Regierung von diesem Standpunkt nicht abbringen läßt und macht ihre zukünftige Stellung zu der Regierung davon abhängig. Da sie hierüber nach den Verhandlungen bei der Regierungsbildung die notwendige Sicherheit nicht erlangen konnte, vermochte sie nicht, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Nur im Hinblick auf die Chancen des Wirtschaftsministeriums stand da sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Gehrer dem bringenden Erwachen des Reichskanzlers auf weitere Erfolgsführung dieses Ministeriums entsprochen hat in der Hoffnung, daß dieser wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Wechsel der politischen Konstellationen entzogen wird.

Der Redner weist dann den Vortrag zurück, daß seine Fraktion sich undemokratisch benommen habe. Die Vorstellung Oberschlesiens zeigt die Tendenz des überhaupten Ländereinsatzes. Deutschland hat nach dieser Entscheidung ein Recht auf die Abholzung seiner Wiederaufbauleistungen.

Abg. Emminger (Part. Wp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die schärfsten Einspruch gegen das Cenfer-Diktat erhebt und sich gegen die Entsendung eines deutschen Vertreters ausspricht.

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen

Bauernbundes eingegangen, der gegen den Cenfer-Spruch Einspruch erhebt und besagt, daß das deutsche Volk niemals diese neue Gewalt als Recht anerkennen, sondern vielmehr stets in den deutschen Oberschlesiern seine Verbündeten und in der überhaupten Erde deutliches Land sehen werde.

Nachdem die Abg. Marx (Bente), Müller (Franken, Soz.) und Lebedowitsch (Umnach.) die Erklärung abgegeben haben, wird unter Protests einstimmig der Vertrauensantrag stimmen, daß die Abstimmung nur für den Vertrauensantrag stimmen kommt, es gut-

namentlichen Abstimmung,

in der das Benteum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Unabhängigen für den Vertrauensantrag stimmen. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Vertrauensantrags mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Abstimmungen.

Auch für den Antrag Emminger erfolgt namentliche Abstimmung. Der Antrag wird mit 218 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

## Zen Sensationsmädcn ins Stammbuch

Unter dieser Überschrift schreibt das Blatt des Reichstages L. Lenzing, Vorsteher des Augustinervereins, in dem von ihm herausgegebenen Dortmunder Zeitungsbilat "Tremontia" (Nr. 229 vom 24. Oktober) u. a.:

Als ich am letzten Sonnabend im Reichstagsgesetzblatt das bekannte Blatt Nr. 23 berat, in welchem die Zentrumspaktion des Reichstages ihre Verhandlungen abzuhalten pflegt, war einer der ersten, der mir beigegeben, Herr Abgeordneter Löde in Alsfeld aus Württemberg. „Haben Sie gelesen, was man mit mir und Kollegen Marx amgedacht hat?“ war unter spöttischem Lachen seine erste Frage. (Die beiden Herren sollten für eine Kandidatur des Botschafters Dr. Mayer in Paris eingesetzt sein.) „Man kann über den Annahme wirklich nur lachen.“ war meine Antwort. „Wer dieses Lachen hat, darf auch eine eigene Seite. Sie ist darin zu suchen, daß unsere Presse während nicht an Achtung und Bedeutung in der Öffentlichkeit gewinnen kann, wenn man kostspielig beobachten muß, mit welcher Leidenschaft ein Teil der deutschen Presse sich darauf einstellt, lediglich in Sensation zu machen. Ob eine Nachricht wahr ist oder nicht, ob sie in der Öffentlichkeit großes Unheil anrichten kann oder nicht, ist nebenbei nur darauf los geschrieben, die Hauptfrage ist, daß „ etwas Neues“ gebracht wird. – Das ist die Lösung, unter der vielfach leider heutzutage öffentliche Meinung gemacht wird. Das ist mir so recht wieder in den letzten Tagen zum Bewußtsein gekommen, in denen die maßgebenden Politiker hinter verschlossenen Türen über die wichtigsten Lebensfragen unserer Nation berieten. Was zum Beispiel der Dortmunder Generalanzeiger sich in den letzten Tagen an Neuigkeiten gerecht geschrieben hat, geht nicht auf eine Zukunft. Das gilt auch für eine Reihe jüdischer Blätter. Ned. der „Sächs. Volkszeitung.“

Wie ist es möglich, so hört man oft fragen, daß so viele unrichtige Mitteilungen in die Öffentlichkeit kommen, die das Ansehen der Presse bei allen zuhörenden Menschen schwer schädigen. Man muß zur Verantwortung der Frage wählen, wie es meistens „gewahrt“ wird. Hält in feierlichen Momenten eine Fraktion des Reichstages eine Sitzung ab, dann kann man beobachten, wie gewisse Reporter der Berliner Sensationspresse den Sitzungssaal belagern. Auf jeden Abgeordneten, der herausgeht, stürzen sie los und stellen Fragen, wie die Sache laufe. Weise bekommen die Fragesteller ein Achseljucken und keine Antwort, manchmal benötigt ein Abgeordneter die Gelegenheit, einen jüdischen Witz zu machen, zweitens auch bindet ein Schall dem Fragesteller einen Bären auf. In jedem Falle aber, gleichviel wie die Antwort ausgetragen ist, sucht der findige Reporter aus dem Gehörn seine Schläfe zu ziehen, er ist gute Post und droht oder telefoniert seine „neuesten Nachrichten“ in die Welt hinaus.

Beim Zentrum herrscht seit Jahrzehnten eine besondere Vorliebe in der Belohnung von Nachrichten. „Nur nichts in die Presse bringen, alles vorläufig geheim halten“, – das war die Lösung, unter der vielfach bei uns von den maßgebenden Bürgern gearbeitet wurde. Und unsere Presse war durchwegs gezwungen, einschliefen, um der Parole zu folgen. Aber die übertriebene Vorliebe hat sich doch manchmal als recht bebenhaft erweisen. Die Regierung kann vielfach nicht so angenehm, sich an die Vorprüfung der Annahmen zu halten. Neben dem Rütteln der Sensationsmädcn findet doch manches Wahre durch. Nur zu oft hat die Zentrumspresse erfahren müssen, daß sie nachzieht, weil man seitens anderer Parteien keinen Anstand nahm, die Flucht in die Öffentlichkeit zu nehmen. Diesem Manöver in der Zentrumspresse muß unter den heutigen Zeitverhältnissen ein Ende gemacht werden, die Fühlung zwischen Partei und Presse muß noch enger werden als bisher.

Freilich ist nicht zu verkennen, daß die Parteien sonst monatlich in einer sehr hellen Lage sind und tagelang keine bestimmte Antwort geben können. Das liegt zum Teil an dem heutigen parlamentarischen System, in dem zu viel geschieht, zu viel organisiert und zu wenig gehandelt wird. Was

ist, um nur ein konkretes Beispiel anzuführen, in den legenden Tagen nicht alles über die Kartoffelfrage gelöst werden? Aber geschehen ist bis jetzt herzig wenig. Warum nicht endlich eine befriedende Tat trocken aller juristischen Zwischenfälle? Man sollte ein Notgesech Loslassen, die unerlaubte Ausfuhr von Kartoffeln nach dem Ausland mit schweren Bußgeldstrafen belegen, einen Höchstpreis festsetzen beim Produzenten, die Auflösungsregeln, in Provinz, Kreis und Gemeinde sofort durch beobachtete Organisationen die vorhandenen Kartoffelmengen feststellen lassen und die schwersten Strafen verhängen für jene, welche Wucher treiben und Kartoffeln über das Land der Erblande zurückholen. Das die Regierung sich nicht zu einem energischen Schritt entschließt, wird in den weitesten Kreisen unseres Volkes mit Recht bitter beklagt.

Doch dieses Kartoffelproblem in eine Zeit fällt, in der innen- und außenpolitisch unser armes Vaterland in schwerster Bedrängnis steht, kann man beklagen, sollte uns aber nicht abhalten, dort festzugreifen, wo es möglich und notwendig ist. Bildung conseillé.

Doch zurück zu den Sensationsmädcn! Das Nabinetts-Mitglied ist zurückgetreten, wie es nach der Entscheidung nie Oberschlesien anzunehmen war, als logische Folgerung der früheren Stellungnahme des Reichskanzlers. Weiß Gott, welche Tatenredenrichter heute schon unterwegs sind, während ich diese Zeilen schreibe. Die politische Situation scheint aber sehr einsichtig zu liegen. Reichspräsident Ebert wird Herrn Dr. Wirth mit der Neubildung des Kabinetts betrauen und Herrn Dr. Wirth wird, so hoffe ich, bei seinem Pflichtauftrag das Mandat übernehmen. Dr. Wirth hat das Vertrauen der linken Seite des Hauses, den ganzen Benteum und der Demokraten. Es fragt sich dann, wie die Deutsche Volkspartei sich stellen wird. Sie sollte den Staatsnotwendigkeiten Rechnung tragen und sich unter Dr. Wirth zur Mitarbeit bereit finden lassen. Auch der preußische Ministerpräsident Stegerwald soll, wie ich hörte, in der letzten Fraktionssitzung des Zentrum zum Ausdruck gebracht haben, daß sowohl innerpolitische wie außenpolitische Gründe entschieden dafür sprechen, daß der bisherige Reichskanzler Dr. Wirth und erhalten bleibt.

## Oberschlesische Kundgebungen

Senften, 28. Oktober. Der gemeinsame Provinzialausschuß der Provinzen Ober- und Niederschlesien hält es für seine Pflicht, unter dem erschütternden Einfluß des großen Teiles seiner öberschlesischen Landsleute und zuleich des ganz Schlesiens und Deutschlands drohenden Unrechts und Unfalls in voller Ernstlichkeit zu erklären, daß er das Diktat der Reichskanzlerschaft über das Schlesische Oberschlesien für unausführbar und unannehmbar erachtet.

Gleiwitz, 28. Oktober. Die außerordentliche Stadtversammlung beschloß, heute zum Zeichen der Treuer und des Protektes gegen die Entscheidung über Oberschlesien die Gedächtnis- und Totale um 6 Uhr nachmittags zu läuten. Auf Anregung aus der Rauschmannschaft hat die Kundgebung bereits um 8 Uhr begonnen.

## Die 2. Internationale für Revision des Versailler Vertrages

London, 26. Oktober. Der "Daily Herald" veröffentlicht ein Manifest des Vollzugsausschusses der 2. Internationale, in dem die Revision des Völkerbundschefes in der öberschlesischen Frage sowie der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages gefordert wird. Der Vollzugsausschuss protestiert dagegen, daß Probleme, wie die öberschlesischen im Interesse kapitalistischer Ausbeutung geregelt werden. Es heißt in dem Manifest weiter, der Sturm der deutschen Wirtschaft die Richtigkeit Deutschlands, seinen aus dem Friedensvertrag entgangenen Verpflichtungen nachzukommen, verhindert. Wenn diese Politik nicht geändert wird, muß die Lage Europas immer schlimmer werden. Der Vollzugsausschuss der 2. Internationale fordert die Arbeiterschaft aller Länder Europas und insbesondere ihre Vertreter in den verschiedenen Parlamenten auf, auf eine Politik zu dringen, die erstens die Volkssozialen anerkennt, zweitens Widerheiten schürt und drittens die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages völlig ändert, damit nicht unter dem Namen von Reparationszahlungen Zahlungen geleistet werden, die zur Verflüssigung der Arbeiterschaft der gespaltenen Nationen führen und Millionen von Arbeitern der siegreichen Nationen ewiglos auf die Straße werfen.

## Die Washingtoner Konferenz

London, 26. Oktober. Die Meldung der Newyorker "Times", daß das Programm der Washingtoner Konferenz die Erörterung internationaler Finanzfragen einschließe, wird in mögrenden amerikanischen Kreisen bekräftigt. Die internationalen Finanzfragen würden einer besondren Konferenz vorbehalten werden, zu der die Finanzbehörden der Welt eingeladen werden müssten.

Washington, 26. Oktober. Wie ähnlich mitgeteilt wird, wird die Eröffnung der Washingtoner Konferenz auf den 12. November verschoben, damit der 11. November ganz patriotischen Feiern vorbehalten bleibt.

Da kam ihm ein Zusatz zu Hilfe. Ein ansehnlicher Karajan hatte sich festgeküsst. Marx wurde lebendig. Sie richtete sich rasch auf, zog den Fisch heraus und – was nun, was nun? fragte sie sich. Da lag das Tier und zappelte. Sie holte ganz verzerrt, als sie so untermühlungslustig auszog, daß sie noch nie einen Fisch abgeholt und noch weniger geküßt hatte. O, wie grausam kam ihr das letztere vor – nein, das konnte sie nicht. Das arme Tierchen, wie es zustieß, sich bog und um sich schüttelte. Am liebsten hätte sie es wieder in das Wasser gestoßen. Doch nicht einmal abdrehen konnte sie es. Und das Namenstagsevent entstellt sollte doch auch gemacht werden. Was nur tun? Wenn ich doch jemand helfen könnte! Wäre doch Robby hier! Das hat man von seiner Heimlichkeit, fahrt es durch den Kopf. Robby, hilfesuchend blieb sie um sich. Da stand ein Mann hinter ihr, hoch, schlau gewandt, schön wie ein verwunsener Prinz, der plötzlich aus der Erde hervorgeworfen zu sein schien.

Robby, ehe er etwas sagen konnte, riebte sie ihn an: „Ich bitte, helfen Sie mir, ich weiss mit dem Fisch nicht umzugehen.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

Dabei hatte sie sich abgewendet. Unwissentlich hatte der Fremde die grausame Tat vollzogen. Ein wohllingendes Lachen ließ sie sich umwinden.

Aber, werte Frei, Sie sollten sich zu dieser Beschäftigung doch lieber einen Fischereicheft mitnehmen. Darf ich mich ausbieten?“ fragte er, sich zitternd verneidend.

„Nein, nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

Dabei hatte sie sich abgewendet. Unwissentlich hatte der Fremde die grausame Tat vollzogen. Ein wohllingendes Lachen ließ sie sich umwinden.

„Robby, ehe er etwas sagen konnte, riebte sie ihn an: „Ich bitte, helfen Sie mir, ich weiss mit dem Fisch nicht umzugehen.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächelte der Unbekannte, ich verstehe das um so besser, ich habe das Fischen auch oft zum Vergnügen betrieben.“

„Aber nein, ganz so ein Vergnügen ist es doch nicht, wie ich es mir gedacht hatte. Wenn das obstreitliche Töten nicht wäre.“

„Aber nein, lächel

### Ein Vertrauensvotum für Briand

Paris, 28. Oktober. In der heutigen Sommerförmung kam es im Verlaufe einer Rede des Abg. Herr Ist (Röhlisch), der in der Hauptrede gegen Briand polemisierte, zu lärmenden Zwischenfällen. Um eine Schlägerei zu vermeiden, unterbrach der Präsident fast die Sitzung und ließ die Tribüne räumen. Die Sozialisten schrien: Aufhören! Nach einer halbstündigen Unterbrechung wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Nach der Rede Briands wurde die Tafelordnung Maxant, die der Regierung das Vertrauen auspricht, mit 359 gegen 172 Stimmen angenommen.

### Die Anerkennung König Konstantins

London, 28. Oktober. Wie Reutersbericht erfährt, wird der griechische Ministerpräsident Gouaridis heute in London empfangen. Es verlautet, Gouaridis habe in einer Unterredung mit Briand auch die Frage der Anerkennung des Königs Konstantin erörtert und Frankreich ersucht, König Konstantin anzuerkennen. Briand sei anscheinend durch die Darlegungen Gouaridis nicht sehr beeindruckt worden. Es heißt im Reuterbericht weiter, Großbritannien werde gegen die Anerkennung König Konstantins nichts einwenden, vorausgesetzt, daß der griechisch-türkische Konflikt in befriedigender Weise durchgeführt werden kann und daß Frankreich und Italien damit einverstanden seien; denn bei der Behandlung der griechisch-türkischen Frage sei die Übereinstimmung unter den Alliierten von überzeugender Bedeutung. Es sei jetzt Aufgabe der Griechen und der Türken, Vorschläge zu unterbreiten, da England dies bereits zweimal ohne Erfolg getan habe.

### Übergabe des Ultimatums der Kleinen Entente (Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Belgrad, 27. Oktober. Die Polizei erfuhr, daß die Regierungen der Kleinen Entente beschlossen haben, dem ungarischen Kaiser ein Ultimatum zu überreichen. Man fordert die Aussetzung Karls. Garantien für die Verstärkung des ungarischen Heeres und den vollständigen Erfolg der Mobilisierungsmaßnahmen — falls Ungarn innerhalb 48 Stunden diese Bedingungen nicht annimmt, erhalten die Truppen Jugoslawiens und der Tschechoslowakei den Befehl, die ungarische Grenze zu überschreiten und vorzumarschieren.

### Eine Diözesanspende für Oppau

Köln, 28. Oktober. Der Erzbischof Kardinal Dr. Schulz hat, wie die "Kölner Volkszeitung" berichtet, dem Bischof von Speyer 100.000 M. als Diözesanspende für das Oppauer Hilfswerk übergeben.

### Ein neues Revolverattentat auf Auer

München, 28. Oktober. Als gestern nacht 11½ Uhr der Abg. Auer das Gewerkschaftshaus, wo eine Vorstandssitzung stattgefunden hatte, mit vier Begleitern verließ und am Steinkirchberg vorüberging, wurden aus dem an das Gewerkschaftshaus angrenzenden Friedhof zwei Schüsse gegen Auer abgefeuert, die aber ihr Ziel verfehlten. Abg. Auer, der selbst eine Schußwaffe bei sich führte, gab fünf Schüsse in der Flucht ob, wobei die Schüsse gefallen waren. Die Polizei suchte den Friedhof ab, ohne den Täter zu entdecken. Auer hatte in den letzten Tagen Drohbriefe erhalten, in denen ihm das gleiche Schicksal angekündigt wurde, das Eisner erlitten hatte. Ein im Gewerkschaftshaus beschäftigter Mann gibt an, während der Vorstandssitzung auf dem Friedhof einige Männer beschüchtet zu haben, die ins Gewerkschaftshaus hinein liefen. Auch war anzuhören, daß ein Unbekannter Auer ins Gewerkschaftshaus folgte, als sich dieser in die Vorstandssitzung begab.

### Bur Zeitgeschichte

Im "Dresdner Volksblatt", dem Zentralorgan der Katholischen Volkspartei in Oberfranken, schreibt (Nr. 247 vom 25. Oktober) ein alter Mitarbeiter des Blattes u. a. folgendes:

"Weht er oder geht er nicht, so lautet das Preiswort für die nächste Woche. Zwei Arten von Leuten sind es, die den Reichsminister Wirth bis aufs Messer befämpfen; die alte Aristokratie und die neue Plutokratie. Die Adeligen könnten es immer noch lassen, daß ihnen die Regel der Regierung entfallen sind und daß ganz gewöhnliche Männer, Müller und Wirth, das deutsche Staatsrecht lenken. Wer es früher im Reiche ein Ereignis, wenn ein Bürgerlicher es zum Legationsrat brachte, so muß es dem alten Adel, dem das Standesbewußtsein zu Fleisch und Blut geworden ist, ganz unwidrig erscheinen, daß das Reich ohne „von und zu“ regiert werden kann. Wenn man diese Verhältnisse berücksichtigt, kann man ihren Standpunkt verstehen. Sie verfehlen unsere Zeit nicht und werden nicht von ihr verstanden, denn ganz anders malt sich die Welt in ihren Köpfen...."

Die neue Plutokratie befämpft den Reichskanzler, weil sie seine Steuerpläne fürchtet. Deutschland braucht Geld, Geld und nochmals Geld und Dr. Wirth langt zu, wo etwas zu haben ist. Je größer der Geldbedarf, desto tiefer langt er hinein. Tächer der Haß dieser, die auf ihre Rahmen geschrieben haben; Achmen ist seltener wie geben. Dass die beiden, so grundverschieden, am nämlichen Strange ziehen, ist auch ein Zeugnis der Geschichte...."

### Nachrichten aus Sachsen

**Weiteres Besserung des sächsischen Arbeitsmarktes.** Die Studie des Arbeitsmarktes in Sachsen zeigt in der Woche vom 18. bis 22. Oktober eine weitere Besserung. Die Nachfrage nach Facharbeitskräften aller Art blieb nach wie vor sehr stark und konnte in einigen Berufen nicht gedeckt werden. Lebhafte Bedarf bestand in der Landwirtschaft an jüngeren Knaben und Mädchen. Auch der Bergbau in Stollberg ist noch für landwirtschaftlich gelernte und ungelerte Arbeitskräfte unter 25 Jahren aufnahmefähig, sowohl Wohnungsgelegenheiten beschafft werden kann. Lebhafte Vermittlungsfähigkeit besteht namentlich im Metall-, im Spinnstoff- und im Holz- und Bauwesen, während das Rohstoff- und Gemüsehandelsgewerbe noch darunter ein Überangebot namentlich älterer Arbeitskräfte verzeichnet.

**Bauten.** Die Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs erfolgte in der Nacht zum Mittwoch, mitternacht Punkt 12 Uhr. Um Dienstag nachmittag beschäftigten die sächsischen Kollegen das neue Empfangsgebäude in Gegenwart und unter Führung der Eisenbahndirektion Dresden. Regierungsoberbaudirektor Otto gab einen über einen Nebenraum über den gesamten Bahnhofsbau, von dem das eben fertiggestellte Empfangsgebäude nur ein Teil ist und der mit der bedeutenden Erweiterung der gesamten Gleisanlagen noch längere Zeit dauern wird. Die Verdopplung der gesamten Umlaufarbeiten hängt letzten Endes von der Gestaltung der finanziellen Verhältnisse ab, denn die Ausführung des gesamten Projekts wird einen Betrag von bis zu 90 Millionen erfordern. Der Erweiterungsbau des Empfangsgebäudes war mit 800.000 M. veranschlagt und kostete tatsächlich 4 Millionen Mark. Die Sämtlichen Kosten in dieser Zeit von 1,25 auf 7,25 M. Regierungsbaurat Keller gab einige Erklärungen zum Empfangsgebäude und wünschte, daß die Stadt Bautzen sich möglichst rasch so erweitern möchte, daß damit eine volle Ausnutzung der Anlage gewährleistet werde. Die neu gebaute Empfangshalle hat einen Gläsernen Raum von 700 Quadratmetern. Geplant sind weiter noch der Neubau eines Gütergebäudes, einer Güterexpedition, eines Bahnpostgebäudes, einer neuen Viehhalde sowie einer Oberbürgermeister Riedner dankte den Vertretern der Generaldirektion für ihre Mühe und Arbeit und betonte, daß der neue Bau sich würdig dem alten Bauten mit seinen Schenktribünen anpassen. Noch in der ersten Stunde ließen dann die ersten Bauten in der neuen Halle ein.

**Schule.** Die erste Elternratswahl ergab, wie jetzt fest steht, 22 Vertreter der christlichen Elternschaft und 18 Vertreter des Gewerkschaftsrate (soziale Schule).

### Protest und Vertrauensvotum

Die neue Regierung ist gebildet und hat sich dem Reichstag vorgestellt. Das nächstliegende Ziel einer breiten Koalition, von dem wir gestern an dieser Stelle sprachen, ist in weite Ferne gerückt. Noch im leichten Augenblick schien es, als ob überhaupt die Regierungsbildung vollständig scheitern würde. Die Demokratische Partei hatte sich anscheinend in sehr große Abhängigkeit von der Deutschen Volkspartei begeben und schien sich kaum davon losreichen zu können. Wir wollen in diesem Augenblick auch auf eine nähere Beleuchtung der höchstengenartigen Haltung der Deutschen Volkspartei verzichten, die vertrauliche Neuverhandlungen bei einer interfraktionellen Vereinbarung beim Reichspräsidenten zum Gegenstand ihrer Haltung gemacht haben — ein Vorgang, der infosofern nicht ganz neu ist, als am 30. September der deutsch-nationale Führer Herzl vertragliche Erörterungen bei einer Vereinbarung beim Reichskanzler zum Gegenstand seiner Rede im Reichstag gemacht hatte. Ob und inwieweit die plötzliche Abreise des bisherigen Führers der Deutschen Volkspartei, Abg. Breckmann, mit diesem Vorgang in Zusammenhang zu bringen ist, läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen.

Denfalls steht so viel fest, daß Dr. Wirth sich gescheitert hat und mit ihm die Zentrumspartei. Schon in der Morgenauflage vom Mittwoch den 26. Oktober schrieb die "Sächsische Zeitung" (Nr. 241) u. a. folgendes:

"Der politische Nutzen, den Dr. Wirth mit der Annahme der Vertrauensfrage bewiesen hat, wurde gestern auch von seinen politischen Gegnern anerkannt. Die Frage ist, ob Dr. Wirth hente auf eine Mehrheit rechnen darf. Sie ist ihm sicher. Die beiden sozialistischen Parteien werden geschlossen für ihn stimmen, von den bürgerlichen Parteien werden geschlossen das Zentrum. Damit allein ist die Mehrheit erreicht. Die Demokraten haben es zwar abgelehnt, offiziell in das Kabinett Wirth einzutreten und haben wahrscheinlich die Haltung der Wiederberufung des Karls von vereilt, aber es ist nicht anzunehmen, daß sie als Fraktion gegen die Regierung stimmen werden."

Das ist denn auch am Mittwoch geschehen. Die Demokraten haben für das Vertrauensvotum gestimmt und haben auch ihren Reichswehrminister Weißer im Kabinett gelassen; außerdem ist der Verkehrsminister General Grönig der Demokratischen Partei zugewichen. Bei der gestrigen Reichstagsitzung hat nicht nur der Reichskanzler Dr. Wirth in wirklich würdevoller Form sich zum Feindes des deutschen Protests gemacht, sondern auch der Zentrumsführer eine besonders bemerkenswerte Erklärung abgegeben; besonders bemerkenswert deshalb, weil der Redner der Deutschen Zentrumspartei selbst überzeugter und Vorsitzender der oberösterreichischen Zentrumspartei ist. Abg. Ulrichs hat darauf hinzuweisen, daß die Oberschlesier von den anderen Mächten schwäbisch verschachtelt worden sind und er hat mit Recht betont, daß Reichskanzler Wirth seine Position und alles eingesetzt hat, um Oberschlesien zu retten. Am Ende des ganzen oberösterreichischen Volkes hat Pfarrer Ulrichs gesprochen, wenn er vor aller Welt feierlich protestiert gegen den Kaiser Sprach. Es ist aber von ganz besonderer Bedeutung, daß der Zentrumspartei abweichende Worte ausdrücklich hergehoben hat, durch die Entsendung eines Vertreters zu den Wirtschaftsverhandlungen. Mit dem Zentrumspartei-Ulrichs hoffen auch wir auf die Gerechtigkeit der Regierung.

Mit Entschiedenheit haben Reichstag und Reichsregierung gegen den Kaiser Fleißig protestiert. Durch das Vertrauensvotum für den Reichskanzler und die neue Regierung hat sich die Mehrheit des Reichstages aber auch den Konsequenzen der Stunde nicht entzogen und die Zukunft wird sehen, daß sie zweifellos Recht daran gehabt hat. Mit dem Zentrumspartei-Ulrichs hoffen auch wir auf die Gerechtigkeit der Regierung.

### 11. Evangelisch-lutherische Landessynode

Die wichtigste Vorlage für die diesjährige Tagung der Landessynode war ohne Zweifel der Entwurf einer neuen Kirchenordnung für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsen. Sie wurde erstmals vom Präsidenten des Landeskonsistoriums Dr. Böhme, der betonte, daß bei der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfs sich das Kirchenregiment in wesentlichen Punkten den Richtlinien der 10. ordentlichen Landessynode anhalten habe. Das Präsidium des Entwurfs liegt in den Besitzungen über die Teilung der Kirchenvorwahl. Damit sollte jeder Absolutionismus, insbesondere aber die Aufrichtung eines Bischofamtes im östlichen Sinne ausgeschlossen werden. Weiter beabsichtigt der Entwurf die Erweiterung der Selbstverwaltung der Kirchen. Der Synodalrat Dr. Mendelsoff-Lipsia stimmte dem Entwurf zu und stellte fest, daß es sich nicht um einen Neuanfang handle, sondern um eine geistliche Weiterentwicklung. Der Synodalrat Sieger-Chemnitz vermittelte eine Berücksichtigung der Wünsche der evangelischen Benden in der Oberlausitz, die einen eigenen Superintendentenbezirk wünschten. Der Synodalrat Stange-Leipzig mochte hierauf die bedeutsame Mitteilung, daß seine Gruppe einmütig für eine geistliche Süßung der Landeskirche in Form eines evangelischen Bischofamtes eintrat. Die neue Haftstelle Stellung der evangelischen Kirche forderte eine starke persönliche Führung. Auch Superintendent Neimark-Dresden trat lebhaft für das Bischofamt ein, da durch dieses die Möglichkeit, neues Leben in die Kirche zu schaffen, gegeben würde. Hierauf schloß die allgemeine Aussprache und die Vorlage wurde einstimmig dem Vertragungsausschuß überwiesen.

Zu ihren weiteren Verhandlungen nimmt sodann die Synode Stellung zu dem Antrage des Finanzausschusses betreffend das kirchendiöctische Einkommen der Kirchschullehrer und ihrer Pensionsberechtigung. Dem Vorschlag, diesen Antrag für erledigt zu erklären, da er durch das inzwischen vom Landtag beschlossene Gesetz überholt sei, wird stattgegeben. Zu dem Gesuch des Vereins lutherischer Kirchenbeamten betreffend die Wahrung der Rechte der Kirchenbeamten bei der Trennung von Kirche und Staat erklärt namens des Finanzausschusses Geheimrat Österreicher, daß die Synode in dieser Frage zugezt nichts tun könne. Der Finanzausschuss glaubte, daß das Gesetz am besten dem Landeskonsistorium als Material übernehmen werden sollte. Diesem Antrage wurde auch stattgegeben. Weiter kommt zur Behandlung ein Gesuch der Schäfer, Streicher und Dahlener Konferenz betreffend die Gehälter der Geistlichen. Der Verkehrsstatthalter tritt dafür ein, daß künftig die Verhältnisse der Geistlichen auf dem Lande besser gestaltet werden müßten, denn die Synode auch einstimmig zustimmt. Des weiteren nimmt die Landessynode Stellung zu dem Antrage des Ausschusses für Pestalozzi und Gesinde betreffend das Schreiben des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums über die 400-jährige Erinnerungsfeier der Entstehung der deutschen Bibel. Die Synode faßt auf Antrag des Ausschusses den Besluß, daß die Synode darüber Kenntnis davon nehme, daß eine 400-jährige Erinnerungsfeier am 8. September des Jahres 1922 angeordnet werden solle, ferner, daß die Einführung von Bibelvorschreibungen in möglichst allen Gemeinden erfolgen möge.

Pfarrer Michael Chemnitz begründet sodann den Antrag des Ausschusses betreffend die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft für sächsische Kirchengeschichte. Nach letzter Aussprache wird der Antrag einstimmig zum Besluß erhoben. Zur christlichen Jugendbewegung liegt ein Antrag des Ausschusses vor, die diesbezüglichen Einlagen auf sich berufen zu lassen. Der Verein habe den Wunsch, kleine aufläufige Ansprüche an die Konfirmanden zu halten.

Den ganzen Problemen, das die Schwierigkeiten der Regierungsbildung hervorgerufen hat, verdient weiter vermehrt zu werden, daß ein Blatt, wie der "Dresdner Anzeiger", welches der Deutschen Volkspartei außerordentlich nahe steht, in seiner heutigen Morgenauflage (Nr. 208) seine Betrachtungen über den gestrigen denkwürdigen Tag im Reichstag mit folgenden Worten einleitet: "Wie man sich innerpolitisch auch Dr. Wirth gegenüber einstellen mag, man wird es ihm dank wissen müssen, daß er in leichter Stunde in einer politisch so wenig bekannten Lage sich zur Verfügung gestellt hat, um die Regierungswürde des Reiches weiterzuführen." Man wird es sich merken müssen, vor allem für spätere Zeiten merken müssen, daß das nationalsozialistische Blatt erklärt, man müsse diesem Kanzler gerechtigkeitswidrig widerstehen, und weiter aufzuführen, er, der "Dresdner Anzeiger", gehöre nicht zu den begünstigten oder unbedingten Lobrednern Dr. Wirths, aber er habe in ihm noch mancher Entwicklungen doch einen Mann, der auf seine Art arbeitsfreudig, idealistisch und vaterländisch gesehen ist". Es ist diese Feststellung vor allem deshalb notwendig, weil zweifellos nunmehr ein Streitpunkt von Angriffen vor allem auf die Zentrumspartei erfolgen wird, wobei der Leitartikel in der heutigen Morgenauflage des deutsch-nationalen "Dresdner Nachrichten" bereits einen Vorgehensmodus gibt.

Das Vertrauensvotum für Dr. Wirth ist mit 230 gegen 132 Stimmen angenommen, so daß die Regierung im gegenwärtigen Augenblick als tragfähig angesehen werden kann. Die Regierung besteht einschließlich des Reichskanzlers gegenwärtig aus vier Zentrumsparteiern, vier Sozialdemokraten und zwei Demokraten. In den zurückgetretenen Kabinett war die Sozialdemokratie mit drei Ministern vertreten. Gegenwärtig haben also auch innerhalb des Reichskabinetts Neimark und Demokraten die Mehrheit. Allerdings steht das Wiederaufbauministerium noch offen und auch das Reichsministerium des Auswärtigen soll noch bestellt werden. Wir haben schon oben betont, daß wir und im Augenblick über die parteipolitische Situation nicht äußern wollen. Es wird ja dazu noch Gelegenheit genug sein. Sowohl jedoch muß gesagt werden, daß die Zentrumspartei alles auch nur Erdnußbutter getan hat, um das Zustandekommen einer breiten Koalition zu ermöglichen. Nachdem diese Bestrebungen zu seinem Ende geführt haben, galt es auch diesmal, wie in früheren Fällen, für das Zentrum einzige und allein zu fragen, was noch überhaupt zu retten ist. Daß dabei die oberösterreichischen Abgeordneten ein ausschlaggebendes Wort mitzutragen hatten, liegt auf der Hand. Und die oberösterreichischen Abgeordneten haben für die Entsendung von Delegierten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen votiert. Wir zweifeln nicht, daß die Wählerchaft draußen volles Verständnis für die Haltung der Deutschen Zentrumspartei im Reichstag befreit wird.

Mit Entschiedenheit haben Reichstag und Reichsregierung gegen den Kaiser Fleißig protestiert. Durch das Vertrauensvotum für den Reichskanzler und die neue Regierung hat sich die Mehrheit des Reichstages aber auch den Konsequenzen der Stunde nicht entzogen und die Zukunft wird sehen, daß sie zweifellos Recht daran gehabt hat. Mit dem Zentrumspartei-Ulrichs hoffen auch wir auf die Gerechtigkeit der Regierung.

Der Ausschluß steht dem Gesinde unmissverständlich gegenüber, aber der Verein sollte sich zunächst an die Superintendentur wenden.

Es folgt sodann die Beratung des Antrages des Ausschusses für Pfarrwerden und Besuche zu den Besuchen der Kirchenverbände verhältniswise Stollberg und der außerordentlichen Diözessammlung Annaberg, betreffend die Kirchhofsaufbahrung. Der Verkehrsstatthalter schlägt vor, dem Landeskonsistorium die Weiterführung der Angelegenheit zu überlassen. Diesem Vorschlag wird auch stattgegeben. Das Gefürd des Landesverbands christlicher Elternvereine, Grundlage für die Nebentreffen und Konferenzen und Organisationsdienst auf Volkschullicher zu erlassen und Ausbildungskurse für Organisten und Kantoren einzuführen, wird dem Landeskonsistorium als Material überwiesen.

Durch die Vorlage vom 10. Juli 1913: Änderung des Kirchengesetzes über Kirchengemeindeverbände sollen die Hemmungen, die noch die Bildung von Verbänden einnehmen, beseitigt werden. Pastor Dr. Stange-Leipzig-Görlitz beantragt im Namen des Vertragungsausschusses, der Vorlage zu stimmen und an Stelle des peinlichen Absatzes 3 als § 2 folgendes zu setzen: "An der Vertragung sind Einrichtungen zur Schädigung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Kirchenvorband und Einzelgemeinde vorzusehen und ist in jedem Falle dafür Sorge zu tragen, daß jeder Einzelgemeinde für den Fall der ungerechtfertigten Einschränkung ihres Haushaltstreches durch Vorschüsse des Evangelischen Verbandes das Recht der Beschwerde an die Kircheninspektion und an das Landeskonsistorium aufzuzeigen.

Weiter kommen zur Beratung die Vorlage des Kirchenregiments, betreffend den Entwurf eines Kirchengesetzes, der mit kleinen stilistischen Abänderungen angenommen wird. Die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Kirchengesetzes über das Jurisdiktionsrecht der Kirchengemeindeordnung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen vom 2. März 1921, wird nach längerer Debatte gegen 21 Stimmen angenommen. Werner findet Annahme eine Entschließung folgenden Wortlautes: "Die verammete evangelisch-lutherische Landeskirche nimmt mit dankbarer Freude Kenntnis von der katholischen brüderlichen Hilfe, die unserer evangelisch-lutherischen Mission nach dem Vorgang unserer schwäbischen Brüder in Südbaden neuerdings auch auf ihrem fast verwaisten österrätischen Arbeitsfeld durch das Eintreten lutherischer Gläubigen in Amerika antreten wird. Der lutherischen Kirche ist dadurch ein gesuchtes Stück Missionsarbeit, an dem auch das Herz der südlichen Missionsschule seit Jahrzehnten mit besonderer Anteilnahme hängt, erhalten geblieben, und darum soll es nun mehr die ganze Mission unserer evangelisch-lutherischen Mission mit ihrer Anteilnahme und ihren Gaben fortsetzen zu unterhalten."

Das Gefürd, der Leipziger Erziehungsverein des Sächsischen Biervereins, in den Konfirmandenvereinen, die auf den ersten Abendabend an Schülern und Müttern zu kommen, wird auf Antrag dem Landeskonsistorium zur Kenntnisnahme überwiesen.

### Aus Dresden

#### Die Logik des Dresdner Bürgerrats

Der Dresdner Bürgerrat hat, wie bereits gemeldet, an den Rat Dresden eine Eingabe gerichtet, nach der in dem unabhängigen Antrag bei den Dresdner Stadtvordratern zu wählen, eine Verleihung des verfassungsmäßig garantierten Rechts und der Verleihung der Rechtmäßigkeit der Stimmabgabe zu durchbrechen, erachtet wird. Dazu bemerkt die "Leipziger Neuesten Nachrichten" — also ein Blatt mit ausgesprochener Rechtspolitik — in Nr. 280 folgendes:

Wir verstecken, offen gestanden, die Logik des Dresdner Bürgerrechts nicht. Es kann doch allen streichen nur erstaunlich sein, wenn auch bei den Dresdner Stadtvorbernebenwohnen die schon mehrfach geäußerte Erfahrung erachtet wird, daß die weltlichen Wähler der radikalpolitischen und kommunistischen Richtung keinen Gewinn abzugehn vermögen. Mit der Verfassung steht jedenfalls der Antrag der USPD durchaus nicht im Einklang.

Wir können uns dem nur anschließen. In Köln und in einer Reihe anderer Städte ist das Verfahren, getrennt nach Geschlechtern zu wählen, längst durchgeführt. Es ist nicht zum ersten Male, daß man von Maßnahmen gerade des Dresdner Bürgerrechts sagen kann: Blinder Eifer schadet nur.

### Gegen den Alkoholmissbrauch

Zu dem dicht gefüllten Bande des Neustädter Kästen geschafft der Jesuitenpater Schumann aus Nordamerika am 25. Oktober einen Bericht über die Prohibition der Alkoholfrage in Nordamerika. Er besteht in klarer vollständiger Weise die Gründe, welche zu dem allgemeinen Alkoholverbot geführt haben. Er belehrte alles für und gegen, zeigt die Widerstände und schied alle Schäden und Vorteile der Prohibition. Die von ihm angeführten Beispiele, wie vom in Missionsarbeit gezogenen Kapital alle Mittel verknüpft werden, die Prohibition als Fehlgriff zu bezeichnen, ließen im Gegenteil erkennen, daß die sich jetzt bemerkbar machenden Nebenstände nur die Folge der früheren Wein-, Brenn- und Schnapsfreiheit sind. Das amerikanische Volk fühlt sich vielmehr unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr wohl. Redner ließ sogar durchblicken, daß in Amerika vielfach erwogen worden ist, ob es noch angebracht sei, das deutsche Volk weiterhin zu unterdrücken, wenn es trotz der Not in stande ist, Millionen für Champagner und Brannwein auszugeben. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsche, daß sich das gesamte deutsche Volk bestimmen und durch opferwillige Totalabstinenz aller Klassen und Stände an der spirituellen Befriedigung des deutschen Volksstamms mitarbeiten möchte. Dass sich die gesamte Bürgerschaft dem Ernst der Lage nicht entziehen könnte, zeigt die aus der Versammlung heraus eingebrachte Entschließung, welche einstimmig angenommen wurde, trotzdem der Leiter wiederholt aufsässig mit gegenseitiger Meinung nicht zu eintreten.

### Die Entschließung lautet:

Eines 600 im Neustädter Kästner versammelte deutsche Männer und Frauen richten im Anschluß an einen Bericht eines Deutschen aus Amerika über die Prohibition an die deutsche Reichsregierung das bringende Erwachen, angesehens der großen Ernährungsnot des Volkes schleunigt eine Einschränkung der Alkoholherstellung herbeizuführen und ein vollständiges Braunkohlenverbot zu verordnen.

Der christliche Gemeinsterat hat in seiner Sitzung vom 24. Oktober folgende Entschließung gefasst: „Die christlichen Eltern von Kindern der Dresdner Volksschulen sind schwer beeindruckt durch die Tatsache, daß im Gemeinunterricht der Unterrassen entgegen dem durch die Reichsverfassung gewährleisteten Rechte der Religionunterricht verkommen ist oder ausgeschaltet wird. Es wird nachdrücklich Wiederherstellung des geistlichen Unterrichts gefordert. Von dem Schulamt muß verlangt werden, daß es die pflichtmäßige Aushaltung des geistlichen Unterrichtes überwacht und verbürgt.“

Tagung des Länderausschusses. Dieser Tage hat in Dresden eine Sitzung des genannten Landesausschusses stattgefunden, der gemäß dem Kreis-Abbildungsbundesvertrag eingesetzt worden ist, um bei Beteiligung der binnennationalen Industrie an den Leistungen für den Wiederaufbau der Hansestadt zu hörn, für den bekanntlich das Reich 12 Milliarden Mark bewilligt hat. Die Tagung trug dazu bei, die Beziehungen zwischen Sachsen und der Wasserfront enger zu knüpfen. Am Anschluß an die Sitzung beschäftigten die Mitglieder des Länderausschusses die Delitzscher Weißgläser und die Meißner Porzellanmanufaktur.

**Dank und Verehrung dem heiligen Judas Thaddäus**  
für erlangte Gesundheit und Hilfe in mancherlei Anliegen!  
Chemnitz, am Feste des hl. Judas Thaddäus.

K. K. V. Jung-Columbus Dresden. Sonntag den 30. Okt. Herbstwanderung nach Moritzburg. Treffpunkt 1 Uhr Bilder Mann (G). Räh. siehe unter Gemeinde u. Vereinsnachrichten.

**Kreuzbündnis, Verein abstinenter Katholiken.**  
Ortsgruppe St. Trinitatis, Leipzig.  
Sonntag d. 30. Okt. abends 4,8 Uhr Versammlung im Wolfsohlheim, Löbstraße 7, part.

**Weida (Thüringen).**  
Sonntag den 30. Oktober nachm. 5 Uhr  
im „Schützenhaus“

**Stiftungsfest u. große Katholikenversammlung**

**Die General-Veranstaltung des**  
**Vincentius-Vereins Dresden**

findet Freitag den 28. Oktober abends 8 Uhr im Konzertsaal statt. Tagesordnung: 1. Vorlegung des Rechenschaftsberichtes und der Jahresrechnung. 2. Revisionsbericht und Entlastung des Vorstandes. 3. Mitteilung des neuen Haushaltplanes. 4. Wahl der Vorstandsmitglieder.

**Volksverein für das katholische Deutschland**  
**Zwickau.**

Freitag den 28. Oktober abends 8 Uhr  
in der katholischen Kirche

des Herrn Jesuitenpaters  
**Vortrag** Abmann über:  
„Das Gottesreich auf Erden“.

Alle Gemeindemitglieder, wie auch die Katholiken der Nachbargemeinden, laden herzlich ein  
Der Geschäftsführer.

Jährlich: Der echte Tymian-Spielplan!!!!!!  
**Tymians Thalia-** Anfang  
Urkomische Theater 1,8 Uhr  
Posse mit Gesang Konzertfeuer in zwei Bildern von Winter-Tymian  
Sonntags zwei Vorstellungen: 1/2 und 1,8 Uhr | 1781

### Gemeinde- und Vereinsnachrichten

**Dresden.** Der K. L. V. „Jung-Columbus“ feiert am Sonntag, den 30. d. M., seinen Karnevalsumzug, nach Moritzburg, Treffpunkt 1 Uhr „Bilder Mann“, Endstation der Straßenbahnlinie 6. Fahrgeldsekunde ab Hauptbahnhof 2,00 — Fahrbetrag umsteigen — bis Moritzburg-Gitterberg. Gemeinsames Zusammenstreffen 1/4 Uhr „Schloßstraße“, Moritzburg-Gitterberg 17 Minuten vom Bahnhof, Befreiung des Vogelschweins, dann gemeinsame Belämmerei, verbunden mit Tanz, in der Schloßhalle. Zur Stimmung und Unterhaltung ist bestens Sorge getragen. Rückfahrt 6,10, 7,35, 9,55. Gäste, Freunde und Gäste des Vereins begrüßt willkommen.

**Dresden-Löbtau.** Der kleine Gemeindebund am Sonntag erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Herr Schindler sprach über die Bedeutung der Katholikenbarmahlung und einige andere Gemeindeangelegenheiten von allgemeinem Interesse und hielt einen Vortrag über verschiedene Einwanderergruppen der Kreisoberlausitz gegen die Religion, die als widerstreitend und unvereinbar angesehen wurden. Eine Spendenkasse für einen caritativen Zweck ergab 190 Mark. Eine Ansicht wirtschaftlicher Natur ließ überzeugend vorstehen.

**Schlesien.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwartet. Freunde unserer Bewegung herzlich willkommen (Siehe Anzeige.)

**Wittenberg.** Am Sonntag, den 30. Okt., abends 7,30 Uhr im Hotel „Wolfsohlheim“, Löbstraße 7, part. Versammlung mit Vortrag und Vorlesungen erster und letzter Dichtungen. Diese Beteiligung wird erwart